

# Profit



**Rogowski:** „Hauen Sie doch nicht mit solchen Vokabeln um sich wie „Erpressen und...“



**Sommer:**  
„Mir gehts hier um Menschen...“



**Rogowski:**  
„Uns gehts auch um Menschen...“



**Sommer:**  
„Nein, nein, Ihnen geht es um Profit und sonst nichts!“

„Das Kapital hat ein Grauen  
vor Abwesenheit von Profit,  
wie die Natur vor der Leere.



**Zehn Prozent**  
und man kann sie haben.

**Zwanzig Prozent**  
und sie werden lebhaft.

**50 Prozent**  
positiv waghalsig.

**Für 100 Prozent**  
stampft man alle menschlichen Gesetze  
unter den Fuß.

**300 Prozent**  
und es gibt kein Verbrechen,  
das man nicht wagt,  
selbst auf die Gefahr des Galgens.“

Karl Marx

zitiert nach Deschner, Der Moloch, Seite 14

# Vampyr

„Das Kapital hat aber einen einzigen Lebens-  
trieb, den Trieb, sich zu verwerten, ... „



„Das Kapital ist verstorbene Arbeit, die sich  
nur vampyrmäßig belebt durch Einsaugung  
lebendiger Arbeit und um so mehr lebt, je  
mehr sie davon einsaugt.“

Karl Marx, Das Kapital

# Ein Kapitalist



**Olaf Henkel:**

„Ja, dieses ewige Geseiere in Deutschland von der sozialen Gerechtigkeit, das bringt mich langsam an die Decke.“



# „Trio-Asoziale“



Arbeitgeberpräsidenten:  
Stihl, Hundt und Henkel

metall 7/99

## Auseinandersetzung zwischen SPD und Arbeitgebern wird härter

**Lafontaine nennt Hundt, Stihl und Henkel in der Haushaltsdebatte ein „Trio asoziale“ / BDI-Präsident kritisiert Schröder in offenem Brief**

BONN, 2. September. Dreieinhalb Wochen vor der Bundestagswahl suchen die SPD und die Arbeitgeberverbände die Konfrontation. Der SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine bezeichnete die Chefs der drei wichtigsten Wirtschaftsverbände am Mittwoch im Bundestag als ein „Trio asoziale“. Gemeint waren der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel, der Präsident des Bundes der Arbeitgeberverbände (BDA), Dieter Hundt, und der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Hans-Peter Stihl. Zuvor hatte SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder die Wirtschaftsverbände als „Lautsprecher der Bundesregierung“ angegriffen.